

Scharia für die Schweiz gefordert



„Gleiches Recht für alle“ war gestern. „Rechtspluralismus“ heißt das neu kreierte Zauberwort, mit dem der Schweizer Professor Christian Giordano (Foto) den unter uns lebenden Moslems die Zumutung ersparen will, nach den selben Gesetzen wie die Ungläubigen behandelt zu werden. Nicht mehr alle sollen vor dem Gesetz gleich sein. Die Scharia muss her.

Je nach Herkunft, Ethnie oder Religion soll künftig anderes Recht gelten und von anderen Gerichten beurteilt werden. (...)«Ich bin mir bewusst, dass ich provoziere», sagt Christian Giordano über seinen Artikel. Allerdings sei die Zeit reif für eine Debatte auch in der Schweiz. Die Einwanderung von Menschen aus weit entfernten Kulturkreisen verlange danach. Wer glaube, man könne diese Menschen vollständig in die Schweizer Rechtsordnung integrieren, der irre: «Die kulturelle Distanz ist zu gross. Und so sehr sich diese Migranten auch assimilieren, es bleibt immer eine Differenz bestehen. Auch zu unserem Rechtssystem.» Giordano sagt, dass es bereits heute eine eigene Gerichtsbarkeit von Immigranten gebe – allerdings im Verborgenen. Als Prozess-Gutachter wisse er, dass im Zusammenhang mit der albanischen Blutrache quasioffizielle Vermittler tätig seien. Diese seien vergleichbar mit einem Friedensrichter. Giordano vermutet zudem, dass in der Schweiz Scharia-Gerichte bestünden, die

allerdings jeder Kontrolle entzogen seien.

Dieses Schattendasein müsse beendet werden, fordert er: Der Staat müsse Scharia- und andere religiöse Gerichte für Immigranten in der Schweiz anerkennen. Dabei denkt er vor allem an Prozesse in Zivilsachen, aber auch bei Delikten bis zur Körperverletzung. Bei Rekursen gegen Urteile von Scharia-Gerichten würde nach den Vorstellungen Giordanos in letzter Instanz das Bundesgericht zuständig bleiben – nach normalem Schweizer Recht. Urteile, die nach Scharia zu Körperstrafen führen würden, will Giordano zudem nicht akzeptieren. «Das müsste man in Bussen umwandeln. Die Menschenrechte müssen natürlich auch vor einem Schweizer Scharia-Gericht vollumfänglich gewahrt bleiben», sagt er. Nicht sicher ist er sich deshalb, ob man das Scharia-Recht auch für Vielehen in Anspruch nehmen könnte. Dies sei «eine heikle Frage, die gründlich abgeklärt werden muss».

Auf die nahe liegendste Variante, nämlich dass Zuwanderer sich entweder ganz in die Gesellschaft einpassen, in die sie einwandern oder eben draußen bleiben, kommt er nicht. Dass diese Sonderrechte immer nur für Moslems gelten, sieht er nicht. Wie eine Scharia light funktionieren soll, verrät er nicht. Sollen am Ende Ungläubige entscheiden, welchen Teil des göttlichen Rechts der Rechtgläubige anwenden darf? Und was machen die gemäßigten Moslems, die mit und nicht neben uns leben wollen? Werden sie dank nützlicher Idioten vom Schlage des Freiburger Professors ebenfalls unter die Scharia gezwungen?

Unterstützung bei seinen Plänen erhält Giordano vom Präsidenten der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz, Farhad Afshar. Der aus Iran stammende Soziologe sagt, im islamischen Raum sei es seit Jahrhunderten gebräuchlich, dass Muslime, Christen und Juden unterschiedlichem Recht unterstünden. «Die staatliche Ordnung bricht also nicht zusammen, wenn unterschiedliche

Rechtssysteme parallel bestehen», sagt Afshar. Auf lange Frist werde die Schweiz an Sonderrechten und -gerichten für gewisse Bevölkerungsgruppen ohnehin nicht vorbeikommen, ist Afshar überzeugt. Er ist deshalb für die baldige Übernahme des Scharia-Rechts «mit gewissen Anpassungen an die Schweiz».

Weniger eilig hat es Hisham Maizar, der Präsident der Föderation Islamischer Dachverbände in der Schweiz. Die Anerkennung gewisser Teile der Scharia sei ein vernünftiger Weg. Für «politisch nicht opportun» hält Maizar dagegen eine Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt: «Wie haben schon die Debatten um Terrorismus, Schwimmunterricht, die Minarette – da können wir nicht noch einen Streitpunkt gebrauchen», sagt Maizar.

Christian Giordano gibt sich dieweil zuversichtlich, was seine Idee betrifft: «Das wird zu Auseinandersetzungen führen, zu Debatten. Am Ende wird man aber einsehen, dass sich das Konzept eines einheitlichen Rechts für alle in einer Migrationsgesellschaft wie der Schweiz überlebt hat. Genauso wie der Nationalstaat selber.»

Erst überleben sich Teile des Rechts der Ungläubigen und bald erledigt sich auch der Rest. Dann bekommen wir Dhimmi-Status und leben alle unter der Scharia.

Allahu akbar!

» christian.giordano@unifr.ch

(Spürnasen: Freie Gedanken, Thomas B., Andreas T., Sonar, Daniel G., Hedwig und Stefan)